



Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2
E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 27. September 2012

Wil kann sich um Unicef-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» bemühen

Heute Donnerstag, 27. September 2012, hat das Wiler Stadtparlament eine stadträtliche Vorlage «Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde» gutgeheissen und damit einen Kredit für diesen Prozess bewilligt, in dem Kinder und Jugendliche partizipativ einbezogen werden sollen und mit dem Wil sich um das besagte Label bemühen kann. Sodann hat das Stadtparlament einen Teilzonenplan genehmigt und sieben parlamentarische Vorstösse behandelt.

35 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend. Für die ganze Sitzung entschuldigt waren Patrick Bernold (CVP), Roman Rutz (EVP), Mario Breu (FDP), Nathanael Trüb (SVP), Erwin Hauser (SVP) und Patrik Lerch (SVP; bis 17.30 Uhr).

1. Teilzonenplan «Parz. Nrn. 2868, 2645 und 1023»

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Im Herbst 2011 wurde der Bau des Kreisels bei der Einmündung der Fürstenland- in die Staatsstrasse Nr. 2 (St. Gallen – Wil) abgeschlossen. Der Kreiselbau bedingte eine Änderung der Strassenführung. Im Zusammenhang damit erfolgte ein Tausch von Teilflächen zwischen der Stadt Wil und dem Kanton St. Gallen.

Gleichzeitig wurde ein Vorvertrag zum Abschluss eines Kaufvertrags mit der Hofberg Immo AG abgeschlossen. Dieser sieht den Verkauf von etwa 254 m² des Grundstücks Parz. Nr. 2645 (Strassenfläche Fürstenlandstrasse) zu Gunsten des Grundstücks Parz. Nr. 2868 vor, sofern diese Kauffläche rechtskräftig zur Gewerbe-Industrie-Zone zugeteilt wird. Die Ortsgemeinde Wil hat dem Kanton sodann für den Strassenbau eine Teilfläche ihres Grundstücks Nr. 1023 abgetreten. Eine davon verbleibende Restfläche von etwa 26 m² wird ebenfalls an die Hofberg Immo AG verkauft.

Aufgrund der veränderten Strassenführung hat die fragliche Restfläche ihre Bestimmung als Strassenfläche verloren und die Grundlagen gegenüber dem geltenden Zonenplan haben sich wesentlich geändert. Eine Zuteilung gleich wie das angrenzende Grundstück Nr. 2868 zur Gewerbe-Industrie-Zone drängt sich auf. Es handelt sich um eine reine Arrondierung, für welche ein Teilzonenplan erlassen wurde. Das St. Galler Amt für Raumentwicklung und Geoinformation hat mitgeteilt, dass aus materieller Sicht keine Einwände gegen diesen bestehen. Der Teilzonenplan bedarf sodann noch der Genehmigung durch das Baudepartement des Kantons St. Gallen.

Antrag des Stadtrats:

1. Der Teilzonenplan «Parz. Nrn. 2868, 2645 und 1023» sei zu genehmigen.



Seite 2

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Bau- und Verkehrskommission BVK unter dem Vorsitz von **Luc Kauf (GRÜNE prowil)** hat das Geschäft an zwei Sitzungen vorberaten. Eintreten war in der Kommission mit sechs Ja-Stimmen beschlossen worden. In der Kommissionsberatung wurden insbesondere die Umzonung in Bezug auf den Kaufvertrag respektive Abtausch diskutiert. Erörtert wurde sodann die Stellungnahme des Amtes für Raumentwicklung und Geoinformation.

Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt. Die Kommission stimmt dem Antrag des Stadtrats mit einstimmig zu.

c) Eintretensdebatte

Kommissionspräsident Luc Kauf (GRÜNE prowil) stellte das Geschäft einleitend noch einmal vor und zeigte die Themen der Kommissionsberatung auf. Sodann wies er darauf hin, dass mit der Genehmigung des Teilzonenplans das Kreisel-Projekt definitiv abgeschlossen werden kann.

Eintreten war im Parlament unbestritten.

d) Detailberatung

Eine Detailberatung wurde nicht benutzt.

e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Der Teilzonenplan «Parz. Nrn. 2868, 2645 und 1023» sei zu genehmigen.

Der Antrag des Stadtrats wurde einstimmig angenommen.

2. Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Im Frühjahr 2008 reichte **Michael Sarbach (GRÜNE prowil)** mit 17 Mitunterzeichneten die Motion «Kinderfreundliche Gemeinde» ein und forderte den Stadtrat auf, Schritte einzuleiten, um Wil als kinderfreundliche Gemeinde durch die UNICEF auszeichnen zu lassen. Im August 2008 erklärte das Parlament auf Antrag des Stadtrates die Motion als erheblich.

Die UNICEF-Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» unterstützt auf Gemeindeebene die Umsetzung der Kinderrechtskonvention, wonach Kinder ein Recht darauf haben, angemessen versorgt, gefördert und geschützt zu werden und sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Mit einer Standortbestimmung will die UNICEF den Gemeinden eine Beurteilung ermöglichen, wo sie diesbezüglich stehen.



Für die Standortbestimmung hat die Verwaltung Wil Fragebogen zu 13 Themenblöcken ausgefüllt. Dabei hat Wil 64,8 Prozent der Maximalpunktzahl erreicht. Der aktuelle Stand zur Kinderfreundlichkeit, so die UNICEF, sei gut ist, wobei insbesondere in struktureller Hinsicht vieles vorhanden sei. Dass Wil nicht mehr Punkte erreicht hat, liegt insbesondere daran, dass keine Leitlinien und Richtsätze zur Kinder- und Jugendpolitik bestehen. Verglichen mit anderen Gemeinden liegt Wil im oberen Drittel.

Entwicklungspotenzial sieht die UNICEF bei der Stärkung der Partizipationsstrukturen für Kinder, bei der Intensivierung der Koordination der verschiedenen Angebote in den Bereichen familien- und schulergänzende Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendschutz sowie Freizeit, bei der Erarbeitung eines übergeordneten Leitbilds für Kinder- und Jugendliche zusammen mit einem verbindlichen Aktionsplan zur Umsetzung der Kinderfreundlichkeit, bei der Durchführung regelmässiger Bedürfnisabklärungen bei Kindern, Jugendlichen und Eltern unter Berücksichtigung der verschiedenen Sozialräume der Stadt Wil sowie bei der Förderung von mehrsprachigen Informations- und Beratungsangeboten insbesondere in den Bereichen familien- und schulergänzende Betreuung, Kinder- und Jugendschutz sowie Gesundheit.

Der Bericht der UNICEF wurde durch die Jugendkommission der Stadt Wil diskutiert. Sie erachten die Erarbeitung eines Leitbilds zur Kinder- und Jugendpolitik wie auch die Erlangung des Labels als sinnvolles Ziel für die vereinigte Gemeinde und ist überzeugt, dass eine durch Kinder und Jugendliche mitbestimmte Basis wertvolle und nachhaltige Impulse vermitteln kann. Der Stadtrat schliesst sich der Meinung der Jugendkommission an: Der Einbezug von Kindern und Jugendlichen in für sie relevante Planungs- oder Ausführungsvorhaben bringt einen Mehrwert; Leitbild und Label werden die bereits heute familienfreundlichen Gemeinden Wil und Bronschhofen als vereinigte Gemeinde zudem auch gegen aussen entsprechend positionieren.

Der Stadtrat beantragt daher dem Parlament, der Bewerbung für das Label zuzustimmen.

Gemäss UNICEF sind dafür nach der Standortbestimmung folgende Schritte erforderlich:

- Durchführen von Workshops mit zehn Prozent der Kinder und Jugendlichen bezüglich Zufriedenheit, Wünschen, Vorschlägen und Beiträgen zur Verbesserung ihrer Lebensqualität
- Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Entwicklung der Kinderfreundlichkeit auf der Basis der Standortbestimmung, der Ergebnisse der Workshops sowie einer Selbsteinschätzung
- Einreichung des Antrags für das Label und des Aktionsplans an die UNICEF
- Evaluation durch die UNICEF

Bei positiver Entscheidung wird die Auszeichnung «Kinderfreundliche Gemeinde» für vier Jahre verliehen. Für eine Verlängerung des Labels um weitere vier Jahre muss der erste Aktionsplan umgesetzt und ein weiterer Aktionsplan verabschiedet werden.

Konkret sollen in der Stadt Wil 2013 die Workshops durchgeführt werden, aufgeteilt in verschiedene Altersklassen. 2014 sollen der Aktionsplan und der Label-Antrag sowie nach einem Workshop mit Eltern, Fachpersonen des Kinder- und Jugendbereichs und Politikvertretungen das Leitbild erarbeitet werden. Die Ergebnisse aller Workshops bilden die Basis hierfür. Anschliessend legen die Departemente der Verwaltung fest, welche Umsetzungswünsche sie für den Aktionsplan aufgreifen wollen. Dieser wird anschliessend vom Projektteam erarbeitet und nach einer Vernehmlassung in die Verwaltung zuhänden des Stadtrats verabschiedet. Danach erfolgt der Antrag für das Label. Für 2015 sind bei positiver Evaluation die Label-Verleihung, die Verabschiedung des Leitbildes und die Umsetzung des Aktionsplans vorgesehen.

Neben den internen Arbeitsstunden fallen für die Erlangung des Labels externe Kosten in Höhe von 57'000 Franken an. Da der Kanton St. Gallen die UNICEF-Initiative unterstützt, können Gemeinden auf Gesuch mit einer Beteiligung im Umfang von einem Drittel rechnen, dies entspricht 19'000 Franken. Entstehen aus den



Seite 4

Massnahmen des Aktionsplans weitere Kosten, sind diese auf dem ordentlichen Weg in den jeweiligen Jahren zu budgetieren.

Anträge des Stadtrats:

1. Der Bewerbung der Stadt Wil für das Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde wird zugestimmt und es sei dafür ein Kredit von brutto Fr. 57'000.-- zu sprechen.
2. Die Motion Michael Sarbach vom 2. April 2008 Kinderfreundliche Gemeinde sei abzuschreiben.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Eine nichtständige Siebner-Kommission unter dem Vorsitz von **Bruno Ressegatti** (GRÜNE prowil) hat das Geschäft an einer Sitzung vorberaten. Eintreten war dabei einstimmig beschlossen worden. Schwerpunkte der Kommissionsberatung waren Inhalt, Art und Dauer des Labels: Dies betrifft die Offenheit bezüglich der Massnahmen, welche in den Aktionsplan für eine kinderfreundliche Gemeinde aufgenommen werden. Diese Massnahmen sind dann verbindlich; gemessen wird, ob sie im Aktionsplan umgesetzt wurden. Das Label ist ein Garant für die Erarbeitung eines Leitbildes zur Kinder- und Jugendpolitik der Stadt Wil und zur Umsetzung der Massnahmen des Aktionsplanes. Das Unicef-Label wird jeweils für vier Jahre erteilt und muss dann erneuert werden

Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt. Die Kommission stimmt dem Antrag 1 des Stadtrats bezüglich Bewerbung der Stadt Wil um das Unicef-Label mit 6 Ja- zu 1 Nein-Stimme zu. Der Antrag 2 des Stadtrats auf Abschreibung der Motion Sarbach bezüglich des Unicef-Labels wird von der Kommission einstimmig angenommen.

c) Eintretensdebatte

Einleitend liess **Kommissionspräsident Bruno Ressegatti** (GRÜNE prowil) die Arbeit der Kommission Revue passieren und verwies auf die Themen, die an der Kommissionssitzung besprochen worden waren. So dann unterstrich er den Wert des Labels für die vereinigte Stadt Wil und die Bevölkerung: Diese Label beziehe sich nicht alleine auf die Kinder, sondern auch auf die ganze Gesellschaft und Gemeinschaft der Stadt.

Namens der SVP-Fraktion sprach sich **Mario Schmitt** (SVP) für Rückweisung aus, da in der Vorlage des Stadtrats keine Angaben über zu erwartende Folgekosten enthalten seien. Entsprechend stellte er folgenden Antrag: Das Geschäft «Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde» sei an den Stadtrat mit dem Auftrag zurückzuweisen: «Dem Stadtparlament sei eine Vorlage zu unterbreiten, welche die wiederkehrenden Kosten im Zusammenhang mit der Erlangung und Beibehaltung (Audit-Kosten) für das Unicef-Label aufzeigt. Weiter sei der vorberatenden Kommission ein Meinungsaustausch mit der Gemeinde Uznach zu ermöglichen und dem Parlament Vergleichswerte aufzuzeigen.» Ein solcher Meinungsaustausch mit Uznach als erste und bislang einzige Trägerin des Unicef-Labels im Kanton St. Gallen sei vorgängig ins Auge gefasst worden, leider sei dann kein Treffen zustande gekommen.

Norbert Hodel (FDP) empfahl namens der Fraktion Stimmfreigabe. In seinem eigenen Namen sprach er sich für den SVP-Antrag aus und stellte die kritische Frage, ob das schöne Label etwas nütze und die jährlich wiederkehrenden Kosten für ein Audit auch sinnvoll eingesetzt seien – es wäre wohl besser, diesen Betrag für ein konkretes Projekt in der Stadt Wil zu investieren, etwa eine Spielplatzsanierung.

Sich um dieses Label zu bemühen sei sinnvoll und auch angebracht, hielt **Christine Hasler** (CSP) namens der CVP fest: So liessen sich Kinder und Jugendlichen besser einbeziehen und sicherlich auch besser interessieren



für die Politik und die Belange der Stadt. Zudem würde ein Leitbild in diesem Bereich geschaffen, welches nützliche und wertvolle Leitlinien geben könne.

Guido Wick (GRÜNE prowil) kritisierte die Argumentation der SVP, das Geschäft sei aufgrund «nicht ausgewiesener Folgekosten» zurückzuweisen – diese Argumentation sei gesucht, denn es gehe hier um Folgekosten in der Höhe von lediglich circa 15'000 Franken, verteilt über vier Jahre. Die Fraktion GRÜNE prowil spreche sich klar dafür aus, dass die Stadt Wil sich um das Unicef-Label bemühe.

Kinderfreundlichkeit sei ein Gradmesser für allgemeine Menschenfreundlichkeit und Lebensqualität, führte **Marianne Mettler (SP)** aus. Das Label setze ein starkes Zeichen – Wil will ein Ort und eine Gesellschaft sein, an dem Kinder willkommen sind. Zudem werden mit dem Label und dem Leitbild gewisse Punkte festgesetzt und bleiben erhalten, auch wenn es personelle Wechsel in der Verwaltung gebe. Sodann wirke sich das Unicef-Label, das im Kanton St. Gallen erste eine andere Gemeinde tragen kann, positiv auf das Standortmarketing aus. Die SP spreche sich daher für die Anträge des Stadtrats aus.

Die GRÜNEN prowil seien erfreut, dass der Stadtrat sich mit dem Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde auseinandergesetzt habe, hielt **Michael Sarbbach (GRÜNE, Junge GRÜNE & KulturfreundInnen)** fest. Mit den Abklärungen sei aufgezeigt worden, in welchen Bereichen Wil bereits kinderfreundlich sei und wo noch Potenzial bestehe. Dabei sei das Label offen formuliert – die Stadt könne sich selber entscheiden, welche Projekte sie angehen möchte, um sich noch weiter zu verbessern. Die Fraktion empfehle, die Anträge des Stadtrats zu unterstützen.

In die gleiche Kerbe schlug auch **Susanne Hartmann (CVP)** und unterstrich insbesondere die Bedeutung des Prozesses auf dem Weg hin zum Label respektive zum dafür notwendigen Leitbild: In diesem Prozess könne ermittelt werden, in welchen Bereichen noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen und in welchen Bereichen Wil schon auf einem guten Stand sei.

Roland M. Bosshart (CSP) unterstrich, dass eine kinderfreundliche Stadt gleichzeitig auch eine freundliche Stadt für alle sei. Die Kritik von Mario Schmitt an der Qualität der Kommissionsarbeit liess er nicht gelten – die zur Verfügung gestellten Unterlagen seien ausführlich und übersichtlich gewesen, zudem standen genügend Zeit für die Lektüre sowie die Möglichkeit für schriftliche Fragen zur Verfügung. Sodann verwies er darauf, dass das Parlament keineswegs bloss «heiss auf Labels» sei – es gehe nicht um das Label als Auszeichnung, sondern um den Weg und den Prozess, der dahinter stehe. Er sprach sich dafür aus, den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen. **Mario Schmitt (SVP)** liess dies nicht gelten und kritisierte, dass teils Unterlagen an der Sitzung abgegeben worden seien – dies entspreche nicht seinem Verständnis von «genügend Vorbereitungszeit» und seriöser Kommissionsarbeit.

Stadträtin Barbara Gysi (Vorsteherin des Departements Soziales, Jugend und Alter) unterstrich ebenfalls die Bedeutung des Weges, der weit mehr sei als das blosse Label als Zeichen für die Ortstafel. Der Weg werde mit Kindern und Jugendlichen aller Altersgruppen als partizipativer Prozess gestaltet und biete diesen die grosse Chance, sich im Rahmen von Workshops aktiv und konkret einzubringen. Aus diesen Workshops resultiere dann ein Massnahmenplan – wie dieser im Detail aussehe und welche Projekte er enthalte, lasse sich heute nicht sagen. Sollten Projekte mit Kosten verbunden sein, so würden diese auf dem üblichen politischen Weg unterbreitet werden – hier bestehe also Transparenz. Dass der Informationstermin mit der Gemeinde Uznach als erste Trägerin des Unicef-Labels nicht zustande gekommen sei, bedauere sie – die Kommission habe aber per Mehrheitsentscheid auf einen zweiten, provisorisch vereinbarten Kommissionstermin verzichtet.

Ihn habe «Besorgnis ergriffen, dass wir nun in Schlagworte abgleiten», hielt **Klaus Rüdiger (SVP)** fest: Wer jetzt so fest betone, wir brauchen unbedingt eine kinderfreundliche und damit menschenfreundliche Stadt, der impliziere, dass dies heute nicht der Fall sei. Sodann führte er aus, dass ein solcher partizipativer Prozess mit Kindern und Jugendlichen zwar anzustreben sei – allerdings drohe hierbei immer die Gefahr einer «Scheindemokratie», denn einen solchen Prozess wirklich partizipativ umzusetzen sei keineswegs trivial. Er sei keineswegs gegen einen solchen Prozess und einen solchen Einbezug von Kindern und Jugendlichen –



Seite 6

aber er sei sehr gespannt darauf, wie dies dann in Wil realisiert werden solle. **Stadträtin Barbara Gysi** verwies darauf, dass beispielsweise die Wiler Schulen bereits viel Erfahrung haben mit solchen Prozessen, so fänden in Wil regelmässig Schulhaus-Vollversammlungen mit den Kindern statt. Auch die Jugendarbeit Wil habe solche Projekte bereits mit Erfolg umgesetzt.

Diese Argumentation griff **Eva Noger (GRÜNE prowil)** auf: Es können tatsächlich schwierig sein, einen solchen Prozess wirklich partizipativ zu gestalten. Im Gegensatz zu Klaus Rüdiger komme sie indes zu einem gänzlich anderen Schluss: Ein solcher Prozess könne mit der nötigen Sorgfalt sehr wohl erfolgreich umgesetzt werden – und dann auch positive Ergebnisse für die Stadt bringen.

Silvia Ammann (SP) führte das Beispiel der Gemeinde Ebnat-Kappel an: Bei der Planung eines neuen Spielplatzes habe man die Kinder aktiv einbezogen und aufgefordert, ihr ganz persönliches Modell ihres Wunsch-Spielplatzes zu basteln. Sodann seien sie auch im Prozess der Mittelbeschaffung, der konkreten Planung und schliesslich der Umsetzung aktiv beteiligt worden.

Seit rund dreiviertel Stunden diskutiere das Parlament nun bereits um Netto-Kosten von 38'000 Franken – das sei doch nicht angemessen, kritisierte **Christoph Hürsch (CVP)**. Unter den Gesichtspunkten «Standortmarketing» sowie «„Tue Gutes und rede darüber» sei es sinnvoll, das Label anzustreben und die stadträtlichen Anträge zu unterstützen.

Norbert Hodel (FDP) machte sich dafür stark, diesen Betrag «nicht für Labelismus und für ein weiteres schönes Täfelchen am Ortseingang» auszugeben, sondern besser für ein konkretes Projekt wie etwa einen neuen Spielplatz – dort gelange das Geld direkter zu einer sinnvollen Verwendung als mit der theoretischen Arbeit für die Erlangung des Labels.

- Abstimmung zum Rückweisungsantrag der SVP: Das Geschäft «Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde» sei an den Stadtrat mit dem Auftrag zurückzuweisen: «Dem Stadtparlament sei eine Vorlage zu unterbreiten, welche die wiederkehrenden Kosten im Zusammenhang mit der Erlangung und Beibehaltung (Audit-Kosten) für das Unicef-Label aufzeigt. Weiter sei der vorberatenden Kommission ein Meinungsaustausch mit der Gemeinde Uznach zu ermöglichen und dem Parlament Vergleichswerte aufzuzeigen.»

Der Rückweisungsantrag der SVP wurde mit 22 Nein- zu 13 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Damit trat das Parlament auf das Geschäft ein.

d) Detailberatung

Kommissionspräsident Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil) verwies noch einmal darauf, dass nicht das Label das eigentliche Ziel sei, sondern der Prozess: Damit werde eine – auch von personellen Wechseln in der Verwaltung unabhängige – Denkhaltung angestossen, welche verschiedenste Bereiche der Stadt Wil durchdringe. Dies liege auch darin begründet, dass das Label der Stadt offen lasse, welche Projekte oder Ziele sie angehen wolle – ohne quasi eine Mindestpunktzahl als Minimalziel festzulegen. Die Stadt könne selber Massnahmen erarbeiten; deren Umsetzung würde dann in einem vierjährigen Audit-Rhythmus für die Wiedererlangung des Labels überprüft. Sodann fasste Bruno Ressegatti kurz die nächsten Schritte zusammen, falls die Vorlage vom Parlament gutgeheissen werde.

In der Detailberatung gab es keine weiteren Wortmeldungen.

e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:



1. Der Bewerbung der Stadt Wil für das Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde wird zugestimmt und es sei dafür ein Kredit von brutto Fr. 57'000.-- zu sprechen.

Der Antrag des Stadtrats wurde grossmehrheitlich angenommen.

2. Die Motion Michael Sarbach vom 2. April 2008 Kinderfreundliche Gemeinde sei abzuschreiben.

Der Antrag des Stadtrats wurde einstimmig angenommen.

3. Postulat Dario Sulzer (SP) – Ein Platz für Wil – Erheblicherklärung

a) Zusammenfassung des Postulats

Dario Sulzer (SP) hat zusammen mit zehn Mitunterzeichneten ein Postulat eingereicht, in welchem er dem Stadtrat beantragt, es seien rasch geeignete Planungsinstrumente und -verfahren zur Entwicklung und städtebaulichen Aufwertung des Areals Bleicheplatz zu bestimmen und dem Parlament darüber bis im Jahr 2015 Bericht und Antrag zu erstatten.

Der Bleicheplatz werde zurzeit als Parkplatz für den motorisierten Individualverkehr (MIV) benutzt. Er wirke städtebaulich nicht attraktiv und trotz seiner zentralen Lage abseitsliegend. Die vereinigte Gemeinde Wil habe einen ansprechenden Platz an zentraler Lage verdient. Der Richtplan der Stadt Wil sehe vor, das Areal des Bleicheplatzes mittelfristig städtebaulich aufzuwerten und es auf die Fussgängerzone Obere Bahnhofstrasse auszurichten. Dabei solle die Grundidee geprüft werden, den Platz auf seine ursprüngliche Grösse zu beschränken und im verbleibenden Raum das Zentrumsgebiet zu erweitern. Das Parkplatzangebot könnte (unterirdisch) erhalten bleiben. So solle zusätzlicher Raum für Dienstleistungen und urbanes Wohnen sowie attraktiver Stadtraum geschaffen werden.

b) Antwort des Stadtrats

Der Stadtrat hat in seinem Umsetzungsprogramm zum Stadtentwicklungskonzept vom April 2011 vorgesehen, im Zeitraum 2015-2016 einen städtebaulichen Wettbewerb zur Bebauung und Freiraumgestaltung Bleicheplatz durchzuführen. Damit sollen die Rahmenbedingungen für eine spätere Erstellung eines städtischen Platzes und der umgebenden Bauten festgelegt werden. Im aktuellen Entwurf des neuen Zonenplans der Stadt Wil vom 7. Juni 2012 ist die Grundlage für die bauliche Entwicklung des Bleicheplatzes ebenfalls erhalten, indem der Bereich nördlich des erwähnten ursprünglichen alten Bleichplatzes sowie das Gebiet Paradiesli von der Zone für öffentliche Bauten neu der Kernzone K3 zugeteilt ist. Der neue Zonenplan wird frühestens 2015 durch den Kanton genehmigt werden können.

Die Stossrichtung des Postulats deckt sich mit den Überlegungen des Stadtrats und es kann somit bis 2015 Bericht über das weitere Vorgehen erstattet oder allenfalls eine terminliche Verschiebung begründet werden.

c) Stellungnahme des Postulats und Diskussion

Dario Sulzer (SP) hielt fest, dass der Bleicheplatz heute trostlos sei – er solle aufgewertet und neu gestaltet werden. Dies sei zwar in der Richtplanung der Stadt Wil vorgesehen – er wolle aber nicht, dass das noch 20 Jahre oder mehr dauere. Er fordere denn Stadtrat auf, bis 2015 aufzuzeigen, wie das weitere Vorgehen ist, welche Fristen und Meilensteine geplant sind sowie wann und wie mit einer Umsetzung zu rechnen ist. Mit dem geänderten Wortlaut, wie ihn der Stadtrat vorschlägt, sei er einverstanden – auch wenn er den letzten Satz der stadträtlichen Antwort, welche den Hinweis auf eine allfällige «Begründung für eine zeitliche Ver-



schiebung» enthalte, nicht gutheisse. Sollte diese Frist von drei Jahren bis 2015 überzogen werden, so werde die SP mit einem neuerlichen Vorstoss nachdoppeln.

Stadtrat Marcus Zunzer (Vorsteher Departement Bau, Umwelt und Verkehr) hielt fest, dass sich die Stossrichtung des Postulats mit den Überlegungen des Stadtrats decke und entspreche auch den Zielen des Stadtentwicklungskonzepts und dem Zonenplan-Entwurf.

In der Stadt Wil sei in seiner Generation vieles realisiert worden, so **Christoph Hürsch (CVP)** – es müsse aber nicht jede letzte Fläche in der Stadt Wil in ebendieser Generation gestaltet werden. Vielleicht sei es besser, den Bleicheplatz noch unangetastet zu lassen – und damit nachfolgenden Generationen die Möglichkeit zu bieten, sich ebenfalls zu verwirklichen und Projekte umzusetzen.

Guido Wick (GRÜNE prowil) sprach sich namens seiner Fraktion für eine Unterstützung des Vorstosses aus. Lediglich in der Frage der Parkplätze gehe man mit dem Interpellanten nicht einig: Das heutige Parkplatz-Angebot sei nicht einfach unter den Boden zu verlegen, dabei aber unangepasst beizubehalten – die Stadt Wil habe ein Überangebot an öffentlich zugänglichen Parkplätzen, hier gelte es, mit Blick auf den dichten motorisierten Individualverkehr in der Stadt Wil innovative Ansätze zu suchen.

d) Antrag des Stadtrats:

Das Postulat sei – mit folgenden, vorgängig mit dem Postulanten bereinigten Präzisierungen – als erheblich zu erklären:

- Der Stadtrat wird eingeladen, geeignete Planungsinstrumente und -verfahren zur Entwicklung und städtebaulichen Aufwertung des Areals Bleicheplatz zu bestimmen und dem Parlament darüber bis im Jahr 2015 Bericht zu erstatten.

Dem Antrag des Stadtrats auf Erheblicherklärung des Postulats wurde zugestimmt.

4. Interpellation Christoph Hürsch (CVP) – Status Pensionskasse der politischen Gemeinde Wil / Vorgehen bei der Gemeindevereinigung Wil-Bronschhofen

a) Zusammenfassung der Interpellation

In seiner Interpellation vom 22. Mai 2012 schreibt **Christoph Hürsch (CVP)** zusammen mit sieben Mitunterzeichneten, dass die Pensionskasse der Politischen Gemeinde Wil (PK Wil) per 31. Dezember 2011 einen Deckungsgrad von rund 91 Prozent aufweise und gegenüber dem Vorjahr um rund 6 Prozent abgenommen habe. Gemäss Swisscanto liege der durchschnittliche Deckungsgrad der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen bei 95 Prozent. Die PK Wil liege somit markant unter dem Durchschnitt und habe zudem in den nächsten vier Jahren die Aufgabe, die Versicherten der Gemeinde Bronschhofen in irgendeiner Art und Weise zu integrieren.

b) Antwort des Stadtrats

Die Pensionskasse der Politischen Gemeinde Wil ist eine unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Gesetzlichen Neuerungen, welche bis Ende 2013 umzusetzen sind, haben zum Ziel, die finanzielle Sicherheit dieser Vorsorgeeinrichtungen zu gewährleisten sowie die Einrichtungen rechtlich, organisatorisch und finanziell aus der Verwaltungsstruktur herauszulösen und zu verselbständigen. Dies führt zu zwingenden Anpassungen des



Pensionskassenreglements, wobei die Primatsfrage, das Rentenalter und die zukünftige Finanzierbarkeit geklärt werden müssen. Mit der Gemeindevereinigung Wil-Bronschhofen und der Gründung der ThurVita AG sind weitere Fragen im Zusammenhang mit der beruflichen Vorsorge zu klären.

Für die Zukunft der Pensionskassenlösung für die Mitarbeitenden der vereinigten Stadt Wil gibt es drei Varianten: Eine Selbständigkeit inklusive ThurVita AG, eine Selbständigkeit ohne ThurVita AG sowie ein Anschluss an die Pensionskasse der St. Galler Gemeinden PKSG. Die Kooperation mit anderen Pensionskassen, der Zusammenschluss mit anderen gleichwertigen Vorsorgeeinrichtungen, der Anschluss an andere öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen oder der Anschluss an eine Sammelstiftung als weitere Möglichkeiten fallen für den Stadtrat nicht in Betracht, zumal nach der Gemeindevereinigung die Mitarbeitenden entweder bei der PK Wil oder der PKSG versichert sind.

Deckungsgrad und Fehlbetrag per 31. Dezember 2011 und Auswirkung auf Anlagestrategie: Der Deckungsgrad der PK Wil betrug 90,2 Prozent, die Unterdeckung Fr. 10'975'212.58. Mit der Rechnung 2011 wurde allerdings der technische Zins von 4 auf 3,5 Prozent reduziert, was die Unterdeckung deutlich beeinflusst hat. Ohne diese Anpassung läge der Deckungsgrad bei rund 95 Prozent. Die Unterdeckung ist folglich vielmehr eine Frage des technischen Zinses und der aktuellen Situation an den Finanzmärkten, weniger eine Frage der Anlagestrategie. Daher drängt sich eine Änderung der Anlagestrategie derzeit nicht auf. Die Anlagestrategie soll erst nach oder im Zusammenhang mit den anstehenden Grundsatzentscheiden überprüft und neu definiert werden, sofern die PK Wil eine selbständige öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung wird.

Aufrechterhaltung der subsidiären Haftung der Stadt Wil / Verselbständigung: Bei einer Verselbständigung der PK Wil bleibt die «Staatsgarantie» durch die Stadt Wil bestehen. Nach neuem Recht kann diese Garantie erst aufgehoben werden, wenn genügend Wertschwankungsreserven (PK Wil ca. Fr. 11 Mio.) vorhanden sind. Für die Ausfinanzierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen mit Staatsgarantie ist ein Sanierungshorizont von 30 bis 40 Jahren vorgesehen.

Umwandlung vom Leistungs- ins Beitragsprimat: Auf 1. Januar 2014 stellt die PKSG voraussichtlich vom Leistungs- ins Beitragsprimat um. Auch bei der Verselbständigung der PK Wil ist eine Umstellung ins Beitragsprimat zu prüfen. Ohne Kenntnis detaillierter Grundlagen und ohne Einbezug der Versicherten ist offen zu lassen, wie sich der Stadtrat zur Umstellung vom Leistungs- ins Beitragsprimat stellt.

Kosten bei Anschluss an PKSG: Nach ersten Abklärungen ist ein Anschluss an die PKSG ohne Kostenfolge für die Stadt Wil möglich, da beide Pensionskassen in etwa den gleichen Deckungsgrad aufweisen. Die genauen Kosten (Übernahme / Beiträge / Sanierung) bedürfen einer vertieften Prüfung durch einen Versicherungsexperten.

Finanzielle Mitbeteiligung der Rentenbezüger an Sanierungsmassnahmen: Die Renten werden im Umfang der Sanierungsmassnahmen nicht mehr der Teuerung angepasst. Möglich wäre die vollständige Auflösung des Teuerungsausgleichsfonds mit zurzeit Fr. 492'429.05. Bereits für das Rechnungsjahr 2011 wurde eine Teilauflösung von Fr. 556'741.95 vorgenommen. Weitere Massnahmen sind derzeit nicht vorgesehen.

Deckungsgradreduktion trotz Sanierungsmassnahmen: Die im Jahre 2009 beschlossenen Sanierungsmassnahmen hätten bei einer durchschnittlichen Performance von 2 Prozent ausgereicht, innerhalb von fünf Jahren einen Deckungsgrad von über 100 Prozent zu erreichen. Eine Vermögensperformance von - 0.6 Prozent im Jahr 2011 sowie die Reduktion des technischen Zinses führten trotz Sanierungsmassnahmen zu einer Deckungsgradreduktion von rund 8 Prozent.

Folgen der Gemeindevereinigung: Aufgrund der Anzahl Mitarbeitender hat die Gemeindevereinigung weniger Auswirkungen auf die PK Wil als der Entscheid der ThurVita AG, bei welcher Kasse deren Arbeitnehmenden versichert sein werden. Dieser Entscheid ist durch den Verwaltungsrat der ThurVita AG zu fällen.



Seite 10

Der Stadtrat ist aus diesem Grund der Meinung, dass alle Versicherten für das Jahr 2013 noch in ihrer angestammten Kasse bleiben sollten.

c) Stellungnahme des Interpellanten

Sein Vorstoss sei ausgelöst worden durch den tiefen Wert des Pensionskassen-Deckungsgrades, welcher in der Rechnung für die Pensionskasse der Stadt Wil mit 90 Prozent angegeben worden sei, so **Christoph Hürsch (CVP)**. Die ausführliche Antwort des Stadtrates habe nicht nur viele Informationen geliefert, sondern auch aufgezeigt, dass bezüglich der Pensionskassen-Deckung sicherlich Handlungsbedarf bestehe, aber auch, dass dieser von den Verantwortlichen seitens der Stadt wahr- und ernstgenommen werde. Sodann verwies er auf die Gelder in Millionenhöhe, welche es benötigen würde, «damit die Pensionskasse der Stadt Wil wieder als gesund bezeichnet werden kann». Schliesslich ging er auf die Frage der Umwandlung vom Leistungs- ins Beitragsprimat ein: Hier wären noch einmal grosse Summen aufzubringen, um diese Umwandlung vollziehen zu können. Bezüglich der Fakten, so schloss der Christoph Hürsch, sei er mit der Antwort des Stadtrats zufrieden – nicht aber in Hinblick auf die Aussichten der Pensionskasse sowie bezüglich der Schritte, welche der Stadtrat ergriffen habe.

Stadtpräsident Bruno Gähwiler (Vorsteher Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung) zeigte die Veränderungen der Versicherten-Anzahl auf, wie sie sich im Zuge der Gemeindevereinigung Wil-Bronschhofen oder mit dem Projekt ThurVita AG ergeben respektive ergeben könnten. Zudem haben sich die Rahmenbedingungen im Pensionskassenbereich stark verändert – beispielsweise durch die demographische Entwicklung, die höhere Lebenserwartung, die höhere Berufs- und Stellenmobilität oder durch neue gesetzliche Vorgaben. Sodann verwies er auf die Anpassung des technischen Zinses auf 3,5 Prozent und damit auf das Niveau der Pensionskasse der St. Galler Gemeinden. Abschliessend stellte Bruno Gähwiler eine Vorlage für die erste Hälfte 2013 in Aussicht, welche die Frage der Pensionskasse respektive deren rechtliche Verselbstständigung thematisieren werde.

Marianne Mettler (SP) stellte Antrag auf Diskussion; dieser Antrag wurde mit 16 Stimmen gutgeheissen.

Sodann zeigte sich **Marianne Mettler (SP)** «erschrocken über den Zustand der städtischen Pensionskasse» und die Unterdeckung sowie den Fehlbetrag von rund elf Millionen. Die städtische Kasse sei klein – das bringe den Vorteil der Nähe zu den Versicherten. Auf der anderen Seite berge eine kleine Kasse auch ein gewisses Risiko hinsichtlich ihrer finanziellen Stabilität. Der Zustand der Pensionskasse sei bereits seit längerem ein Thema. Nun seien Sanierungsmassnahmen angezeigt – es könne aber nicht sein, diese Sanierung auf dem Buckel der Versicherten und pensionierten Mitarbeitenden auszutragen. Sie fordere den Stadtrat auf, nun Lösungen «ohne Scheuklappen» zu suchen.

Stadtpräsident Bruno Gähwiler betonte, dass die Lage der Pensionskasse der Stadt Wil nicht besorgniserregend sei und dass sich keine Pensionäre und Versicherten der Stadt Wil um seine Pension sorgen müssen.

5. Interpellation Christoph Hürsch (CVP) – Abgaben der TBW an die Stadt Wil ab 2013 / Teilbereich Elektrizitätsversorgung

a) Zusammenfassung der Interpellation

In seiner Interpellation vom 25. Mai 2012 verlangt **Christoph Hürsch (CVP)** zusammen mit sechs Mitunterzeichneten Auskunft über die Abgaben der TBW an die Stadt Wil ab 2013. Der Interpellant ersucht um Beantwortung von vier Fragen.



b) Antwort des Stadtrats

In Wil stellen die Technischen Betriebe Wil (TBW) als öffentlich-rechtliches Gemeindeunternehmen die Versorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität und Kommunikationsdienstleistungen sicher, zudem versorgt sie auch das Gebiet der Gemeinde Bronschhofen mit Gas und Kommunikationsdienstleistungen. Wasser und Elektrizität werden in Bronschhofen hingegen von eigenständigen und von der Politischen Gemeinde unabhängigen Körperschaften geliefert. Für die elektrische Versorgung des Gemeindegebiets Bronschhofen sind dabei sieben Körperschaften zuständig. Die Gemeindevereinigung beeinflusst die Selbstständigkeit dieser öffentlich-rechtlichen Korporationen und der privatrechtlichen Organisationen nicht automatisch: Sie entscheiden selbst, ob und wie sie ihre Tätigkeiten weiterführen wollen.

Strategie bezüglich der Korporationen in der Gemeinde Bronschhofen: Ziel des Stadtrats ist, dass die TBW sämtliche Versorgungsdienstleistungen auf dem zukünftigen Stadtgebiet erbringen. Allerdings besteht für die Dorfkorporationen Bronschhofen und Rossrüti, die Elektras Trungen und Maugwil-Uerental-Boxloo-Weid, die Dorfkorporation Maugwil sowie die Brunnengesellschaft Trungen kein Zwang, sich mit den TBW bzw. der Stadt Wil zu vereinigen. Damit steht der Verhandlungsweg im Fokus. Für den Stadtrat ist es eine Frage der Zeit, bis sich die genannten Versorgungsbetriebe den TBW anschliessen werden, da ihre Kundinnen und Kunden so von günstigeren Konditionen und breiteren Angeboten für ihre Kundinnen und Kunden profitieren können.

Auseinandersetzung mit dem Thema Elektrizitätsversorgung: Im Zuge des Vereinigungsprojekts haben sich Vertreter der verschiedenen Bronschhofer Versorgungsbetriebe und der TBW zusammen mit Vertretern der Gemeinde Bronschhofen und der Stadt Wil intensiv mit dem Versorgungsangebot auf dem neuen Stadtgebiet befasst. Dabei wurden insbesondere die unterschiedlichen Ausgangslagen der TBW als Stadtbetrieb einerseits und der unabhängigen Versorgenden andererseits mit einbezogen. Herausgeschält wurden drei mögliche Lösungsansätze: die Beibehaltung der heutigen Situation (Status Quo), der Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Stadtwerk sowie die Überführung der verschiedenen Bronschhofer Versorgungsbetriebe und der TBW in ein gemeinsames selbstständiges Werk. Der Entscheid über die erwähnten Lösungsansätze ist noch nicht gefallen.

Ungleichbehandlung bezüglich der Elektrizitätsversorgung ab 2013: Ab dem 1. Januar 2013 sind die Gemeinden Wil und Bronschhofen eine vereinigte Gemeinde. Ab diesem Datum werden nicht nur im Bereich der Elektrizitätsversorgung Unterschiede zwischen den beiden Gemeinden bestehen, sondern auch anderweitig. Dies liegt in der Natur der Sache und ist für eine bestimmte Zeit hinzunehmen. Es wird ab dem Jahre 2013 eine wichtige und vordringliche Aufgabe sein, sämtliche Reglemente der vereinigten Stadt zu vereinheitlichen und durch die zuständigen Stellen der neuen politischen Gemeinde Wil zu erlassen. Dazu steht eine Übergangsfrist zur Verfügung, die drei Jahre dauert. Die Bronschhofer Bevölkerung bezahlt bereits jetzt je nach Versorger unterschiedliche Energiepreise. Diese Ungleichheit liesse sich nur durch einen Zusammenschluss der Netze beheben.

Abgabemodell der TBW an die Stadt Wil: Die TBW liefern von den jährlichen Erträgen ihrer Unternehmensbereiche (Ausnahme Wasserversorgung) aufgrund eines festgelegten Abgabemodells namhafte Beiträge an den Stadthaushalt ab. Der Substanzwert wird mit 5 Prozent verzinst, und vom Reingewinn werden 15 Prozent abgeliefert. Im Jahr 2011 machte dies 898'000 Franken aus, das sind rund 22 Prozent der gesamten TBW-Abgabe an die Stadt Wil. Ein Verzicht auf die Abgabe des Unternehmensbereichs Elektrizität wäre ein falsches Zeichen an die Werke in Bronschhofen und zudem nicht ohne Folgen auf den Stadthaushalt.

Für die Werke in Bronschhofen besteht keine derartige Pflicht zur Ausschüttung von Gewinnanteilen an die Politische Gemeinde Bronschhofen. Aufgrund einer vertraglichen Abmachung betreiben sie jedoch die Strassenbeleuchtung, welche gemäss Strassengesetz Sache der politischen Gemeinden ist, sowie die Weihnachtsbeleuchtung zu ihren Lasten. Im Weiteren unterstützen die Versorgungswerke verschiedentlich das kulturelle und sportliche Leben in der Gemeinde mit finanziellen Zuschüssen respektive mit kostenlosen Leistungen.



c) Stellungnahme des Interpellanten

Diese Interpellation habe er «aus Frust gemacht», so **Christoph Hürsch (CVP)**: Im Bereich Elektrizitätsversorgung gebe es mit der Gemeindevereinigung ab dem 1. Januar 2013 zwei unterschiedliche Klassen von Zahlenden – hier Wil, da Bronschhofen. Da gebe es klar eine Ungleichbehandlung – das gehe nicht an. Erfreut habe er zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat sich zum Ziel bekenne, das ganze Stadtgebiet mit einer einheitlichen Elektrizitätsversorgung abzudecken – auch wenn die Zeitachse für dieses Ziel fehle. Er bedanke sich für die Antworten des Stadtrats – sie enthalte viele wertvolle Informationen. In gewissen Bereichen vermisse er aber weiterführende und erklärende Angaben, daher sei er nur teilweise zufrieden.

Einfach auf die TBW-Abgaben aus dem Bereich Elektrizität zu verzichten löse die angesprochene Ungleichheit nicht, betonte **Stadtpräsident Bruno Gähwiler (Vorsteher Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung)**. Sodann hielt er fest, dass es im Gemeindegebiet zwei hoheitliche Versorger gebe, einerseits die TBW, andererseits eine Dorfkorporation. Dabei könne eine Korporation nicht zu einer Fusion gezwungen werden, da sei eigenständige Spezialgemeinden seien. Dennoch habe es in diesem Bereich bereits Bewegung gegeben – so ist der Anschluss einer Dorfkorporation an die TBW von der Korporation bereits beschlossen worden. Abschliessend unterstrich Bruno Gähwiler noch einmal das Ziel des Stadtrats, dass dereinst das ganze vereinigte Stadtgebiet Wil durch die Technischen Betriebe Wil mit Elektrizität versorgt werde.

6. Interpellation Dario Sulzer (SP) – Neugestaltung Bahnhofplatz Süd

a) Zusammenfassung der Interpellation

Dario Sulzer (SP) hat am 27. Juni 2012 mit fünf Mitunterzeichneten eine Interpellation eingereicht, in welcher er vier Fragen zum Bahnhofplatz Süd stellt. Die Fragen stehen im Zusammenhang mit einem genehmigten Baugesuch für ein Wohn- und Geschäftshaus mit Abbruch des bestehenden Gebäudes in diesem Bereich (Grundstück Säntisstrasse 1, Parz. Nr. 330) und mit der Beratung des Berichts zum Postulat Mäder «Bahnhofplatz Süd: Das Tor zum Südquartier» vom 6. Januar 2011 und der Beratung innerhalb der Planungskommission bezüglich des Belassens eines Teils des Postareals in der Zone für Öffentliche Bauten und Anlagen.

b) Antwort des Stadtrats

Die Beantwortung dieser Interpellation war vom Stadtrat im Ausstand von Stadtrat Marcus Zunzer beraten worden.

Genehmigung des Baugesuches: Entspricht ein Bauvorhaben wie im vorliegenden Fall den baurechtlichen Vorschriften, so ist die Bewilligung zu erteilen.

Koordiniertes Verfahren: Die Baubewilligung für den Ersatzbau des Wohn- und Geschäftshauses wurde am 4. Mai 2012 erteilt. Bereits am 3. März 2012 hatte die Planungskommission beschlossen, einen Teil des Postgrundstücks für öffentliche Zwecke (Bahnhofplatz Süd) zu sichern und in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen zu belassen. Basierend auf den bisherigen Erkenntnissen wurde damit festgelegt, dass eine Platzgestaltung auf die Fortführung der Personenunterführung und den Bereich nördlich der Hubstrasse zwischen der Wilenstrasse und der Verlängerung Fröbelstrasse unter Einbezug des westlichen Teils des Postgrundstücks auszudehnen ist. Dies entspricht rund der doppelten Grösse der heutigen Fläche und bedingt



den Abbruch des Gebäudes Hubstrasse 18 (Post) sowie den Erwerb von zusätzlich rund 900 Quadratmetern des Postareals.

Für den Erlass einer Planungszone zur Verhinderung dieses Bauvorhabens, damit dieses mit dem Gestaltungskonzept Bahnhofplatz Süd koordiniert werden kann, bestand kein Anlass: Das Gestaltungskonzept Bahnhof Süd wird durch das Bauvorhaben nicht behindert. Zudem setzt eine Planungszone voraus, dass das Vorhaben dem Erlass oder der Änderung eines Baureglements, eines Zonen-, Überbauungs-, Gestaltungs-, Deponie- oder Abbauplans, einer Schutzverordnung oder einer Landumlegung widersprechen würde, was hier nicht der Fall ist.

Gestaltungskonzept Bahnhofplatz Süd sowie kurzfristige Massnahmen: Das Konzept für bauliche Sicherheitsmassnahmen im Bereich Bahnhofplatz Süd, ergänzt mit Bushaltstellen und Fussgängerübergang, liegt vor. Die Umsetzung ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Voraussetzung ist die Zustimmung der Post für das auf die Hubstrasse erweiterte Konzept, die Durchsetzung der ordentlichen Parkierung entlang der Hubstrasse sowie die Einstellung der zusätzlichen finanziellen Mittel im Budget 2013 (Erstellen einer Mittelinsel und Bushaltekannten). Ein Gestaltungskonzept ist erst zusammen mit der Arealüberbauung Post (Abbruch westlicher Teil Postgebäude) sinnvoll. Diese wird nach Aussage Post erst mit der Teilumzonung des Postareals, frühestens 2016, an die Hand genommen.

c) Stellungnahme des Interpellanten

Der Bahnhofplatz Süd sei trostlos und verdiene den Namen «Platz» eigentlich gar nicht, so **Dario Sulzer (SP)**. Dieses Areal sei ein wichtiger städtischer Platz, eine städtebauliche Aufwertung und eine umfassende, weitsichtige Planung sei angebracht – dies sei im Parlament oder in Kommissionen wiederholt thematisiert worden. Da löse das genehmigte Baugesuch für ein Wohn- und Geschäftshaus mit Abbruch des bestehenden Gebäudes in diesem Bereich (Grundstück Säntisstrasse 1, Parz. Nr. 330) doch gewisses Erstaunen aus, da sich daraus doch gewisse Einschränkungen oder geänderte Rahmenbedingungen ergeben. Er sei gespannt, so Dario Sulzer weiter, auf die angekündigten kurzfristigen Massnahmen und vor allem auch auf das Gestaltungskonzept, das dereinst folgen soll. Abschliessend hielt der Interpellant fest, dass er mit der Beantwortung des Stadtrats halb zufrieden sei.

Stadtpräsident Bruno Gähwiler (Vorsteher Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung; in Vertretung des in den Ausstand getretenen Stadtrats Marcus Zunzer) hielt fest, dass ein Grundeigentümer von Gesetzes wegen das Recht habe, ein reglementskonformes Baugesuch einzureichen und bewilligt zu erhalten. Dies gelte auch vorliegenden Fall, zumal es keine Veranlassung gegeben habe, eine Planungszone für das fragliche Areal zu verhängen.

7. Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Fluglärm

a) Zusammenfassung der Interpellation

Die Flughafen Zürich AG hat am 4. Juli 2012 verlauten lassen: Um den Staatsvertrag mit Deutschland umsetzen zu können, braucht es einen Pistenausbau. Nur mit einem «starken Ostkonzept» liessen sich die zusätzlichen Flüge in der Schweiz abwickeln. In diesem Zusammenhang bittet der Interpellant **Guido Wick (GRÜNE prowil)** zusammen mit 15 Mitunterzeichneten den Stadtrat um die Beantwortung von acht Fragen.

b) Antwort des Stadtrats



Zu den Fragen 1 und 2 – Ausschöpfung der rechtlichen und politischen Möglichkeiten: Angesichts der deutlich ablehnenden Abstimmungsergebnisse im Kanton Zürich zum Flughafenausbau (Flugschneise-Süd) teilt der Stadtrat die Meinung der Interpellanten, dass sich die Region Wil für die Bekämpfung von noch mehr Fluglärm einsetzen und sich weiterhin dafür stark machen muss, die «Region Ost» zu unterstützen, welche sich weiter gegen eine Ungleichbehandlung und einen Pistenausbau insbesondere der Ost-Piste wehren wird.

Zu den Fragen 3, 4 und 5 – Verbündete und Strategie zur Bekämpfung von noch mehr Fluglärm: Bereits im Stadtentwicklungskonzept ist festgehalten, dass die Attraktivität von Wohn- und teils von Arbeitsplatzgebieten durch Lärm unmittelbar geschmälert werde. Nebst dem Strassenverkehr beeinträchtigt der Flugverkehr aufgrund des heutigen An- und Abflugregimes vermehrt die Stadt Wil. Diese wird deshalb zusammen mit anderen öffentlichen Körperschaften gegen den vermehrten Fluglärm aktiv. So setzt sich Wil in Zusammenarbeit mit der interkantonalen Regionalplanungsgruppe Wil (IRPG Wil; neu Regio Wil), dem Kanton und der Region Ost gegen eine einseitige Ausrichtung des An- und Abflugregimes des Flughafens Kloten Richtung Osten ein. Insbesondere wird eine Verlängerung der Ost-Piste abgelehnt.

Die Bekämpfung von noch mehr Fluglärm ist eine Aufgabe, die zusammen mit regionalen Partnern bearbeitet wird. Für die Stadt Wil und die Regionsgemeinden übernimmt der Verein Regio Wil die Federführung, wobei diese die «Region Ost» mit einem jährlichen Beitrag von 23'000 Franken unterstützt. Die «Region Ost», welche insgesamt gegen 500'000 Einwohnende vertritt, ist ein Zusammenschluss der Exekutiven von 85 Gemeinden im Osten des Flughafens Zürich (Kantone Zürich, Thurgau und St. Gallen). Sie will einen Flughafenbetrieb, der langfristig den Anforderungen der Wirtschaft, der Sicherheit sowie den Umwelt- und Raumplanungsgesetzen genügt und setzt sich daher für eine gerechte Fluglärmverteilung ein. Kampagnen der «Region Ost» erfolgen jeweils in Zusammenarbeit mit dem Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen, der IG West, IG Nord, Bürgerprotest Fluglärm-Ost sowie dem Dachverband Fluglärmschutz. Der Stadtrat zeigt sich mit der Arbeit der «Region Ost» zufrieden.

Generell gilt: Die Solidarität der ganzen Ost-Region ist äusserst wichtig. Nur wenn die Region die erwähnten Ziele mit regionalem Rückenwind anstreben kann, werden die Forderungen gehört. Die Unterstützung für die «Region Ost» wird daher entschlossen aufrechterhalten und gegebenenfalls intensiviert.

Zur Frage 6 – Weiteres Vorgehen: Die «Region Ost» wird sich in den Jahren 2012 und 2013 unter dem Motto «Jetzt erst recht» mit zahlreichen verschiedenen Aktivitäten (Lobbying, Vorbereitung auf künftige Abstimmungen etc.) weiterhin wehren, um noch mehr Fluglärm über dem Osten abwenden zu können.

Zur Frage 7 – Volkswirtschaftlicher Schaden für Wil: Der volkswirtschaftliche Schaden für Wil ist bislang nicht mittels detaillierter Studien beziffert worden. Wegen der Fülle der vorhandenen Grundlagen, der laufend neuen Unterlagen und Erkenntnisse sowie der dauernd ändernden politischen Diskussion ist eine umfassende und abschliessende Zusammenstellung nicht möglich. Zum heutigen Zeitpunkt kann kein Wertverlust von Liegenschaften registriert werden.

Zur Frage 8 – Aktivitäten gegen den Fluglärm: Der Stadtrat hat mit dem Beitritt zur «Region Ost» 2004 die Solidarität gegenüber den Ostgemeinden kundgetan. Dem Stadtrat selbst stehen im Kampf gegen mehr Fluglärm, der nur überregional geführt werden kann, keine weiteren erfolgsversprechenden Möglichkeiten offen. Denn bei allen Entscheiden zum Betrieb des Flughafens ist der Kanton Zürich zusammen mit dem Flughafen Zürich federführend. Anders als der Standortkanton sowie einigen betroffene Nachbarkantonen sind die ebenfalls betroffenen Kantone Thurgau und St. Gallen aus juristischen Gründen von der direkten Mitbestimmung ausgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Fluglärm fanden in den vergangenen Jahren zahlreiche politische Aktivitäten sowie weitere Tätigkeiten wie Einsprache beim BAZL, Beschwerden, Stellungnahmen, aber auch Aussprachen (unter anderem der «Roundtable Fluglärm» vom 15. April 2010 im Stadtsaal Wil), Informationsveranstaltungen, Fluglärmmessungen etc. statt. Der Stadtrat dankt insbesondere auch dem Bürgerprotest Fluglärm Ost (BFO) für seinen Einsatz, der parallel zu dem der «Region Ost» erfolgt. Er begrüsst es,



wenn möglichst viele betroffene Einwohnende der Organisation beitreten und deren Aktionen aktiv unterstützen. Die konstante als auch vielfältige Willenskundgebung der Bevölkerung sowie die konzentrierten und koordinierten Handlungen der Behörden sind unabdingbar für eine optimale Bekämpfung des Fluglärms.

c) Stellungnahme des Interpellanten

Das Thema Fluglärm, das zeige auch die Interpellationsantwort, sei durch die GRÜNEN prowil unter anderem schon 2005 thematisiert worden, so **Guido Wick (GRÜNE prowil)**. Die Antwort des Stadtrats sei zwar ausführlich – herauslesen lasse sich aber eigentlich nur, dass der Kampf gegen den Fluglärm wohl schwierig werde, mehr nicht. Er sehe vor allem «das Prinzip Hoffnung» in diesem Papier. Die GRÜNEN prowil wünschen sich aber Stadtratsmitglieder, welche agieren statt reagieren sowie sich mit Engagement und Überzeugung gegen den Fluglärm und damit für das Wohl der Stadt Wil einsetzen. Den Verweis des Stadtrats auf die verschiedenen Partner, mit denen man im Bereich der Fluglärmbekämpfung zusammenarbeite, liess Guido Wick nicht gelten – nur, weil man im gleichen Einzugsgebiet des Flughafens liege, heisse das noch nicht, dass man am gleichen Strick ziehe und die gleichen Interessen verfolge. Es sei wohl abzusehen, dass dereinst Eigeninteressen von heutigen Partnern plötzlich höher gewichtet werden als der heute gezeigte Gemeinschaftssinn. Analog zur Frage der IC-Halte rate er dem Stadtrat, sich fachliche Unterstützung und professionelle Hilfe zu holen im Kampf gegen den Fluglärm.

Dieser Beizug von Fachleuten und Unterstützung sei wiederholt in verschiedenen Bereichen erfolgt, so **Stadtpräsident Bruno Gähwiler (Vorsteher Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung)**. Sodann hielt er fest, dass der Wunsch nach «überhaupt keinem Fluglärm» kaum realistisch sei – eine gerechte Verteilung des Lärms auf alle Gebiete als Ziel hingegen schon.

Dieses Argument der gerechten Verteilung lies **Guido Wick (GRÜNE prowil)** nicht gelten: Es sei per se schon ungerecht, dass der Kanton St. Gallen nicht einmal als Verhandlungspartner anerkannt werde. In diesem Sinne sei er nicht zufrieden mit der Antwort des Stadtrats.

8. Interpellation Erika Häusermann (glp) – Bauliche Anforderungen für Schulprovisorien

a) Zusammenfassung der Interpellation

In ihrer vom Parlamentspräsidium als nicht dringlich erklärten Interpellation vom 5. Juli 2011 unterbreitet **Erika Häusermann (glp)** zusammen mit drei Mitunterzeichneten drei Fragen im Zusammenhang mit der schulischen Nutzung eines externen Raums in der Altstadt, Marktgasse 44, als provisorisches Klassenzimmer.

b) Antwort des Stadtrats

Vorbemerkung: Eine Überprüfung durch das kantonale Hochbauamt wurde bereits in Auftrag gegeben, dies im Bewusstsein, dass der Kanton zwar nicht zuständig ist in dieser Frage, weder für das Erstellen von Vorschriften, noch für die Abgabe von Empfehlungen. Angesichts der sehr speziellen politischen Bedeutung, welche die Interpellantin dem Thema beimisst, hat sich der bereits schon einmal beigezogene Fachmann des kantonalen Hochbauamts jedoch bereit erklärt, sich die Räume anzusehen, dies sinnvollerweise in der Zeit während der Vorbereitung der schulischen Nutzung, um den Direktkontakt zu jener Lehrerin zu haben, welche den Raum mit ihrer Klasse zu nutzen wünscht.



Zur Frage 1 – Überprüfung durch kantonales Hochbauamt: Die Schulverwaltung der Stadt Wil hat eine Überprüfung in Auftrag gegeben.

Zur Frage 2 – Berücksichtigung baulicher Empfehlungen des Kantons bei Schulbauten: Die Stadt Wil hat solche Empfehlungen jeweils berücksichtigt und wird dies auch in Zukunft tun.

Zur Frage 3 – Vorgesehene Nutzungsdauer: Der Stadtrat hat am 1. Februar 2012 den Mietvertrag an der Marktgasse 44 für drei Jahre (Sommer 2012 bis Sommer 2015) genehmigt. Für beide von der Interpellation genannten Fälle (Annahme respektive Ablehnung der Quartierschulhausinitiative) kann sich das Mietverhältnis verlängern.

c) Stellungnahme der Interpellantin

Erika Häusermann (glp) zeigte sich erfreut, dass die Schulverwaltung eine Überprüfung durch das Hochbauamt des Kantons St. Gallen in Auftrag gegeben habe – allerdings nicht von beiden geplanten Schulraum-Propositorien: es sei nur der ehemalige Coiffeursalon überprüft worden, nicht aber die Räume in der «Harmonie». Bei einem persönlichen Augenschein sei sie indes erschrocken: Das fragliche Schulzimmer an der Marktgasse in der Wiler Altstadt sei mit Kunstlicht hell erleuchtet gewesen. Dadurch sei jede Person, welche sich in diesem Raum aufgehalten habe, durch die breite Fensterfront bereist von weitem deutlich erkennbar und damit ausgestellt gewesen. Sie sei gespannt, welche Massnahmen geplant seien, um die Kinder vor den Blicken der Fussgänger zu schützen, erkundigte sich Erika Häusermann. Sodann führte sie weiter aus, dass natürliches Licht in den Räumen fast völlig fehle. Zudem sei der Raum zu niedrig – das seien keine günstigen Voraussetzungen für ein Schulraumprovisorium. Dies habe sie auch in einem Telefongespräch mit dem zuständigen Architekten des Kantons so bestätigt erhalten.

Stadträtin Marlis Angehrn (Vorsteherin Departement Bildung und Sport) zeigte sich erstaunt über diese Kritik und den Bezug auf Aussagen des kantonalen Mitarbeitenden. Als Entgegnung zitierte sie aus Notizen, die während der Begehung mit dem Architekten und dem Pädagogischen Leiter festgehalten worden waren. Darin wurde ein anderes Bild des Schulraumprovisoriums gezeigt: Der Architekt habe die Schulhausanbindung, das Vorgehen der Schulverwaltung und den Einbezug der Eltern in den Prozess als sehr gut bezeichnet. Sodann habe er auch die getroffenen Massnahmen – die Sicherung der Fenster und die Kontrolle der Beleuchtung – begrüsst. Drei Inputs, die er eingebracht habe, werde man weiter verfolgen, so Marlis Angehrn weiter: die Montage eines Netzes am Geländer in den unteren Stock, das Auftragen von Klebestreifen auf der Treppe zur Verringerung der Rutschgefahr sowie der Einbau von Sicherheitsglas im Eingangsbereich. Sodann hielt sie fest, dass sie sehr wohl der Überzeugung sei, man habe auch die Überprüfung des zweiten Provisoriums in Auftrag gegeben – sie werde dieser Frage aber sehr gerne nachgehen.

Die Interpellantin zeigte sich mit der Antwort zufrieden.



9. Interpellation Silvia Ammann (SP) – Wasser als Lebensgrundlage

a) Zusammenfassung der Interpellation

Silvia Ammann (SP) und 20 Mitunterzeichnete stellen in ihrer Interpellation vom 5. Juli 2012 verschiedene Fragen im Zusammenhang mit einer regelmässigen Spende für die Verbesserung des direkten Trinkwasserzuzugs in Entwicklungsländern sowie zum Beschaffungsleitbild der Stadt Wil.

b) Antwort des Stadtrats

Vorbemerkung: In Wil sind wir privilegiert, permanent über qualitativ einwandfreies Trinkwasser zu verfügen, welches zu günstigen Preisen jederzeit nutzbar ist. Es ist dem Mineralwasser aus abgefüllten Flaschen ebenbürtig, verursacht aber massiv weniger Kosten und auch weniger ökologischen Aufwand. Förderung und Verteilung des Trinkwassers über das Leitungsnetz sind eine langfristig angelegte Aufgabe, welche es nicht zu vernachlässigen gilt. Demgegenüber ist die Trinkwasserversorgung in Entwicklungsländern ein grosses Problem, welches zahlreiche negative Folgen auf die Bevölkerung verursacht.

Zur Frage 1 – Beschaffungsleitbild: Das Beschaffungsleitbild der Stadt Wil ist eine Pendeuz der Arbeitsgruppe Energiestadt. Es ist vorgesehen, im 4. Quartal 2012 eine externe Firma mit der Erarbeitung eines ersten Entwurfs zu beauftragen.

Zur Frage 2 – Engagement der Technischen Betriebe: Ein Engagement der Technischen Betriebe Wil (TBW) ist auf Grund der guten finanziellen Situation der Wasserversorgung grundsätzlich möglich. Umgerechnet auf den Wasserverbrauch der Stadt Wil (ohne Rossrüti) ist von einer jährlichen Spende in der Höhe von 18'000 Franken auszugehen.

Zur Frage 3 – Notwendige Grundlagen: Der entsprechende Kredit für eine regelmässige Spende zu Gunsten von Trinkwasserversorgungen im Ausland muss via Voranschlag genehmigt werden, denn eine wiederkehrende Ausgabe von über 10'000 Franken übersteigt die Kreditkompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat ist bereit, einen entsprechenden Betrag in den Voranschlag 2013 der TBW (Wasserversorgung) einzustellen.

Zur Frage 4 – Weitere Möglichkeiten: In den Entwicklungsländern mangelt es nicht nur an sauberem Trinkwasser, sondern auch an Toiletten, Lebensmitteln, Bildung, Gesundheitsversorgung, Energie und vielem mehr. Daraus abgeleitet könnten auf verschiedenen Produkten oder Dienstleistungen entsprechende Zuschläge erhoben werden. Diese erfolgen gewissermassen zusammengefasst in Form von Entwicklungshilfegeldern, welche primär via den Bund ausgeschüttet werden. Die Stadt Wil leistet dazu jährliche Beiträge von 14'000 Franken (Voranschlag 2012).

c) Stellungnahme der Interpellantin

Silvia Ammann (SP) bezeichnete es als «Privileg, im Wasserschloss Schweiz leben zu dürfen»; die Verfügbarkeit von Trinkwasser sei keine Selbstverständlichkeit. Sie sei zufrieden mit der Antwort des Stadtrats – und noch mehr zufrieden, wenn der fragliche Betrag an der Bürgerversammlung vom 28. November 2012 denn auch genehmigt werde.

Stadtrat Andreas Widmer (Vorsteher Departement Versorgung und Sicherheit) legte dar, dass der Konstituierungsrat an seiner heutigen Sitzung besagten Betrag ins Budget 2013, welches der Bürgerversammlung unterbreitet werde, aufgenommen habe. Zu klären sei noch im Detail, welcher Organisation dieser Beitrag zur Verfügung gestellt werden solle.



Seite 18

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Schluss der Sitzung

Präsident Erwin Schweizer schloss die heutige Sitzung um 19.50 Uhr.